

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Verkaufsstelle für Wilsdruff.

Altanneberg, Lirtenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burthardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Gelbigsdorf, Herzogswalde mit Vandberg, Hübnorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lützen, Mohorn, Muzig, Neufkirchen, Neutanneberg, Niedermartha, Oberhermsdorf, Bohredorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seelitzstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wilsberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwoch und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pfg. pro viergepaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger dalehli.

No. 75.

Dienstag, den 1. Juli 1902.

61. Jahrgang.

Sonnabend, den 5. Juli d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

findet im hiesigen Verhandlungslocale öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Tagesordnung ist aus dem Anschläge in hiesiger Hausflur zu ersehen. Meissen, am 27. Juni 1902.

Königliche Amtshauptmannschaft von Schroeter.

In Herzogswalde soll

Donnerstag, den 3. Juli 1902, Nachm. 1 Uhr,

versteigert werden: 1 Glasetage, 1 Tisch. Bieterversammlung: Gasthof zu Herzogswalde. Wilsdruff, den 27. Juni 1902.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

In Groitzsch sollen

Freitag, den 4. Juli 1902, Nachm. 2 Uhr,

ca. 80000 Stück ungebrannte Mauerziegel versteigert werden. Versammlung der Bieter: Gasthof zu Groitzsch. Wilsdruff, den 28. Juni 1902.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Politische Streifblicke vom Tage.

Der Juli ist ins Land gegangen, und mit ihm der Monat, der für alle Welt die herkömmlichen Sommerferien bringt. Auch der Bundesrath, welcher bislang noch immer Nachlese zu der längst vertagten Session des Reichstages gehalten hat, gedenkt sich nunmehr seine sommerliche Erholungspause zu gönnen und mit feinen Arbeiten Schluss zu machen, so daß dann nur noch die Zolltarifkommission einsam in Berlin zurückbleiben würde. Zwar hieß es, daß sich dieselbe Anfang Juli ebenfalls eine längere Ferienruhe leisten wolle, aber hiermit wird es wohl noch gute Weile haben, falls an der Abmachung festgehalten wird, wonach zunächst die erste Lesung des Zolltarifentwurfs völlig durchgeführt werden soll. In ihrer am 27. Juni abgehaltenen Sitzung war nun aber die Kommission erst bis Position 463 gelangt, so daß sie noch immer rund 500 Positionen vor sich hat. Wann sie aber mit denselben fertig werden wird, das ist noch ganz unberechenbar, falls die Kommissionsverhandlungen in dem Sänkedengang der letzten Wochen weitergehen, es bleibt daher schon in dieser Richtung die unsichere und ungemüthliche Lage in der Zolltariffrage bestehen, wie sich solche auch weiterhin bemerklich macht. Ist doch erst jüngst wieder bei der in Elbing stattgefundenen Provinzialversammlung der zum Bund gehörigen westpreussischen Landwirthe vom Bundesvorsitzenden Freiherrn von Wangenheim eine scharf oppositionelle Sprache gegen die Regierung wegen der neuen Getreidezölle geführt und offen ein möglichst baldiger „Kraach“ gewünscht worden, es ist also von einem Einlenken der Agrarpartei in der Zolltarifangelegenheit keine Rede, so daß die Aussichten auf das schließliche Zustandekommen der Tarifreform nach wie vor unerquickliche bleiben.

Unter solchen fortdauernd gespannten Verhältnissen zwischen der Regierung und der einflussreichen agrarischen Partei ist es doppelt bemerkenswerth, daß nach den Andeutungen und Ankündigungen der Berliner Officialen die Regierung entschlossen ist, an der nun bereits zweimal gescheiterten Kanalvorlage festzuhalten. Angeblich würde dieselbe dem preussischen Abgeordnetenhaus schon in der nächsten Session wiederum zugehen, allerdings nicht als Ganzes, wie es heißt, sondern nur als Theilstück, das u. A. den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin enthalten sollte. Vermuthlich gedenkt man regierungsseitig hierdurch die Kanalvorlage der konservativen Opposition eher mundrecht zu machen, namentlich, wenn das dem Landtage zu servierende Stück der Vorlage mit etlichen Zugeständnissen an die landwirtschaftliche Partei verdrängt wird. Ob jedoch diese Regierungsberechnung stimmen würde, das bliebe noch immer abzuwarten, eher ist anzunehmen, daß die Agrarier im preussischen Landtage die Kanalvorlage zum dritten Male zu Fall bringen würden, falls die Zolltariffrage im Reichstage keine die agrarischen Wünsche betriebligende Lösung finden sollte. Jedenfalls dürfte dem neuen preussischen Arbeits- und Eisenbahnminister General-

major v. Bubbe durch die Wiedereinbringung der Kanalvorlage reichlich Gelegenheit gegeben sein, seine schon früher in der Kommission bekundete Energie und Gewandtheit in der Vertheidigung der Kanalvorlage erneut zu beweisen, ob allerdings mit dem wünschenswerthen Erfolg, das muß noch dahingestellt bleiben.

Inzwischen ist auf dem Gebiete der Reichspolitik auch glücklich wieder eine neue Flottenfrage aufgetaucht. Zu Wäldern der Linken wird behauptet, die Regierung wolle die Reichstage gelegentlich der spätestens für die Session von 1904/1905 mit Sicherheit zu erwartenden maritimen Nachforderung aus dem Flottengesetz von 1900, betreffend die damals gestrichenen Auslandskreuzer, gleich mit einer förmlichen Vorlage kommen, in welcher auch ein Linien-Schiffsgeschwader für den Auslandsdienst gefordert werden würde. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ hat sich zwar nun beiläufig, dies letztere Gerücht für unbegründet zu erklären, indessen ist doch ein gewisses Mißtrauen in die weitere Flottenpolitik der Reichsregierung zurückgeblieben, namentlich in Erinnerung dessen, daß das gewichtige Flottengesetz von 1900 der vorangegangenen Verkleinerung der Marine so rasch und so unvermuthet nachgefolgt war. Sollte aber eine wirklich im Laufe der nächsten Jahre schon wieder eine neue Flottenvorlage im Reichstage erscheinen, so würde dies zweifellos Anlaß zu abermaligen schweren parlamentarischen Kämpfen geben, falls nicht der im Jahre 1903 zu wählende neue Reichstag eine entschieden flottenfreundliche Mehrheit aufweisen sollte, was indessen bereits jetzt so gut wie ausgeschlossen gelten kann.

Politische Rundschau.

Von den Kaisertagen in Kiel. Der Kaiser überreichte dem Gewinner in der Regatta Dover-Helgoland-Dampfer, den Helgolandposten an Bord der „Hohenzollern“. Am Montag wohnte das Kaiserpaar der Enthüllung zweier Gedenktafeln für die bei der Chinaexpedition gebliebenen Offiziere und Mannschaften der Ostseestation und für die mit der „Gneisenau“ Untergegangenen in der Kieler Garnison-Kirche bei. Später begab sich der Kaiser an Bord des „Meteor“, um an der Regatta theilzunehmen. Die Kaiserin dagegen fuhr mit der Herzogin Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein und deren Töchtern zum Besuch nach Plön, von wo sie bereits im Laufe des Nachmittags wieder nach Kiel zurückkehrte. Am Sonnabend hatte die Kaiserin eine Ausstellung kirchlicher Geräthe Schleswig-Holsteins besichtigt. Wie amtlich bekannt gegeben wird, wird der Kaiser der Stadt Emden doch noch einen Besuch abstatten, und zwar soll derselbe am 30. Juli erfolgen.

Der Bundesrath wird sich in seiner Sitzung am kommenden Donnerstag bereits mit der Frage der einheitlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung beschäftigen und darüber voraussichtlich endgültige Beschlüsse fassen. In der bayerischen Abgeordnetenkammer war seitens des Ministerpräsidenten bereits vor etwa 14 Tagen mitgetheilt worden, daß Bayern gegen eine reichsgesetzliche

Regelung der Rechtschreibung keine Bedenken mehr habe, und daß der Inangriffnahme der Angelegenheit durch den Bundesrath nichts mehr im Wege stehe. Die Erledigung der Frage wird also auf Schwierigkeiten nicht mehr stoßen.

Im Auswärtigen Amte zu Berlin ist am Sonnabend das Vertraginstrument unterzeichnet worden, welches die Verlängerung des Dreibundes ausdrückt. Die Unterzeichnung erfolgte durch den Reichskanzler Grafen Bülow, den österreichisch-ungarischen Botschafter von Szögenyi und den italienischen Botschafter Grafen Lanza. Die bisherigen Bestimmungen haben keinerlei Veränderung erfahren. Alle Friedensfreunde in Europa werden sicherlich nur mit hoher Genugthuung Kenntniß von diesem wichtigen Act nehmen, welcher die Fortdauer der gegenwärtigen langen Friedensperiode für unsern Welttheil verbürgt.

Eine päpstliche Nuntiat in Berlin? Wiener Meldungen wollen wissen, daß z. B. zwischen Berlin und Rom Verhandlungen wegen Errichtung einer päpstlichen Nuntiat in Berlin schweben. Die Prüfung dieser Nachricht ist vorläufig nicht möglich. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie zutrifft, dafür würde wenigstens der Umstand sprechen, daß der Fürstbischof Cardinal Kopp aus Breslau mit dem Reichskanzler Grafen Bülow in der vergangenen Woche eine ungewöhnlich lange Unterredung hatte.

Der Colonialrath hat seine zweite Sitzung der Berathung der Verhältnisse unserer in der Sibirie gelegenen colonialen Besitzungen gewidmet. Bezüglich Samojas konnte Gouverneur Dr. Solz auf Anfrage erklären, daß die dortigen englischen Missionare seit der deutschen Flaggenerhebung eifrig bemüht seien, sich den deutschen Verhältnissen anzupassen. Auf eine andere Anfrage sagte die Regierung zu, gegenüber der Gefahr der Einschleppung von Schädlingsen für den Staatsbau Schutzmaßregeln zu ergreifen. Mittel für die Erhaltung der deutschen Schule werden bereits in den nächsten Etat eingestellt werden. Der Ausbildung der Eingeborenen in der deutschen Sprache wird durch die Missionschulen Rechnung getragen. Bei der Besprechung des Etats der Karolinen, Palau und Marianen-Inseln wurde gewünscht, den Gouverneuren eine bessere Bereisung und Controlle ihrer Gebiete zu ermöglichen, indem ihnen Fahrzeuge zur Verfügung gestellt würden. Es wurde alsdann ein Antrag betreffs Errichtung von Versuchsgärten in den tropischen Colonien angenommen. Nach Erledigung einiger verwaltungstechnischer Fragen wurde die Tagung des Colonialraths geschlossen.

Ueber das Befinden König Eduards von England liegen nur gute Nachrichten vor. Das ist erfreulich; es wäre indessen wesentlich erfreulicher, wenn man auch nur eine geringe Bürgschaft dafür besäße, daß die vorliegenden Nachrichten auch wirklich den Thatfachen entsprechen. Das ist aber bekanntlich aus wiederholt gedachten Gründen nicht der Fall. Die „St. James-Gazette“ erzählt, d. h. es ist ihr von Hofbeamten so diktiert worden, der Hinweis, daß, wenn bezüglich des Gesundheitszu-